

Atomare Abrüstung auf der „Sicherheitskonferenz“ – ein TÄUSCHUNGSMANÖVER

Die seit Jahren andauernden Proteste gegen das Treffen der Kriegsstrategen in München bereiten dem Organisator der Konferenz, Wolfgang Ischinger, zunehmendes Kopfzerbrechen. Gegenüber Spiegel-online sagte er am 6. Juli 2009: „Es kann nicht so weitergehen, dass ich meine Münchner Sicherheitskonferenz im Februar durchführe und Tausende Menschen auf den Straßen protestieren, weil sie denken, hier findet eine Politik ohne moralische Grundlagen statt.“

Um der Siko ein neues friedenspolitisches Image zu verschaffen, soll sich die Konferenz im Februar mit der Abschaffung aller Atomwaffen befassen. Ischinger will sie als ein Forum präsentieren, das sich den zentralen Anliegen der Friedensbewegung widmet. Die anwesenden RegierungsvertreterInnen der NATO-Staaten – allen voran die der USA – werden hoch und heilig beteuern, dass sie mehr als je zuvor nach einer „Welt ohne Atomwaffen“ streben.

Nicht zu erwarten ist jedoch, dass Ischinger das Hauptproblem auf die Tagesordnung setzt: Die Tatsache, dass die USA das entscheidende Hindernis einer globalen Null-Lösung bei Nuklearwaffen darstellen.

Die Blockadepolitik der USA

Dass „Global Zero“ kein Lippenbekenntnis bleibt, setzt voraus, dass von den USA die Hindernisse beseitigt werden, durch welche alle Atom-Abrüstungsvereinbarungen blockiert werden.

Die wesentlichen Hindernisse sind:

Erstens: Das Festhalten an der US-Raketenabwehr. Zweck dieses Rüstungsprojekts ist nicht Abwehr eines Atomangriffs, sondern die Abwehr eines Gegenschlags nach einem US-Angriff, die eigene Unverwundbarkeit und somit der Freibrief zu Aggressionskriegen bis hin zum atomaren Erstschlag.

Zweitens: Die weitreichenden satellitengesteuerten Präzisions-Marschflugkörper, mit denen Abrüstungsmaßnahmen im Bereich der strategischen Atomwaffen (bei Langstreckenbomben und Interkontinentalraketen) unterlaufen werden.

Drittens: Uneingeschränkte militärische Überlegenheit der USA und ihrer NATO-Verbündeten in der sog. konventionellen Kriegsführung. Dazu gehören die allen andern Staaten überlegenen hochentwickelten Waffensysteme, die rd. 750 US-Militärstützpunkte rund um den Globus und die US-Kriegsflottenverbände auf allen Weltmeeren.

Obamas Schaufensterrede in Prag

Auch Barack Obama hat in seiner vielgepriesenen Prager Rede keinerlei Andeutungen gemacht, dass die USA dazu bereit wären, die Hindernisse zu beseitigen, die der Verkündung seiner „Vision“ von einer Welt ohne Atomwaffen im Wege stehen. Die Beseitigung aller vorhandenen Nuklearwaffenbestände ist nicht das Ziel der US-Regierung. Eigentliches Ziel ist ausschließlich die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen.

Zweifellos liegt das auch im Interesse der Friedensbewegung und aller Menschen auf dem Globus. Denn mit immer mehr Atomwaffenstaaten wird die Welt keineswegs sicherer.

Nur: Militärische Bedrohungen und Aggressionskriege gehen nicht von den nuklearen Habenichtsen aus, sondern von denen, die – wie die USA – über die größten Atomwaffenarsenale verfügen.

Auf der Münchner Unsicherheitskonferenz wird davon allerdings nicht die Rede sein. Durch Schaufensterreden und Lippenbekenntnisse wird die Kriegskonferenz nicht zu einer Friedenskonferenz.

Auf solch eine Tagung können wir in München und weltweit verzichten.



Nicht in unserem Namen!

Am 5. Februar 2010 will Oberbürgermeister Christian Ude die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der „46. Münchner Sicherheitskonferenz“ zu einem festlichen Empfang im Alten Rathaussaal einladen. Dort möchte der OB im Namen der Stadt München Regierungschefs, Militärexperten und Minister, Politiker und Diplomaten der führenden NATO-Staaten, Generäle der NATO und der Bundeswehr sowie Wirtschafts- u. Rüstungsmanager begrüßen und damit diese Militärkonferenz im Namen aller Münchner und Münchnerinnen legitimieren. Dazu erklären wir: Das geschieht nicht in unserem Namen!

ERSTUNTERZEICHNER/INNEN: *Überlebender des KZ Flossenbürg und der KZ-Außenlager Longwy-Villerupt und Leitmeritz, Mitglied im Landesvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA) in Bayern, Konstantin Wecker, Sänger, Musiker und Autor, Ecco Meineke, Kabarettist, Musiker und Ensemblemitglied der Münchner Lach- und Schießgesellschaft, Ernst Grube, Überlebender des KZ Theresienstadt, Landessprecher der VVN/BdA in Bayern, Ingrid Scherf, Übersetzerin und Buchhändlerin, seit 25 Jahren Mitglied der Gewerkschaft ver.di, Schorsch Kamerun, Musiker und Theaterregisseur, Josef Bierbichler, Schauspieler, Prof. Dr. Bernhard Gill, Dozent am Institut für Soziologie der LMU, Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen – Rosa Liste im Münchner Rathaus, Angelika Lex, Rechtsanwältin, Richterin am Bayerischen Verfassungsgerichtshof und Vorstandsmitglied der Initiative Bayerischer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger, Virginia Gonzalez Romero, Mitglied des Ausländerbeirats, Hans Söllner, Bayerischer Rebell, Nicole Gohlke, MdB Fraktion Die Linke, Hacki Münder, GEW, Personalratsvorsitzender, Renate Münder, ver.di/Ortsvorstand Fachbereich 8, Kerstin Weiß, ver.di Bezirksfrauenrat, Dr. Ulrich Dittmann, Vorsitzender der Oskar-Maria-Graf-Gesellschaft, Josef Haseneder, KAB-Diözesansekretär, Konny Hoff, Diplom-Physiker, Jutta Koller, Stadträtin Bündnis 90 / Die Grünen – Rosa Liste, Wolfram Kastner, Aktionskünstler, Hedwig Krimmer, Gewerkschaftssekretärin ver.di u. a.*

Alle UnterstützerInnen der Kampagne und ihre Stellungnahmen sowie Infos zum Mitmachen unter: www.nicht-in-unserem-namen.info

EINE AUSWAHL:

Martin Löwenberg: „Die erste politische Veranstaltung, auf der ich nach unserer Befreiung am 7. Mai 1945 aus dem KZ-Außenlager Leitmeritz gesprochen habe, stand unter dem Motto ‚mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen‘. Dieser Leitsatz hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die Deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. Darum bekämpfe ich auch heute noch den verfluchten deutschen Militarismus bei Gelöbnissen, Sicherheitskonferenzen und im Alltag.“

Josef Bierbichler: „Der Bundeswehroberst Klein hat seinen Angriffsbefehl, bei dem 140 Menschen starben, damit begründet, dass er Taliban ‚vernichten‘ wollte. Der Bundesverteidigungsminister hat das als angemessen bezeichnet. 70 Jahre nach dem Vernichtungskrieg der Deutschen Wehrmacht im Osten ist diese Wortwahl offensichtlich allgemeiner Sprachgebrauch der Bundeswehr.“

Konstantin Wecker: „(...) Gegen den Willen der Mehrheit der Bürger, steigt Jahr für Jahr diese Militärkonferenz und getarnte Kriegswaffen-Messe in unserer Münchner Stadt – und nun sollen die Kriegsgewinnler auch noch zu einem festlichen Empfang ins Rathaus eingeladen werden? Eines ist klar: Nicht in meinem Namen! Also bleibt mir wieder nichts anderes übrig, als dagegen am 5. und 6. Februar auf dem Marienplatz

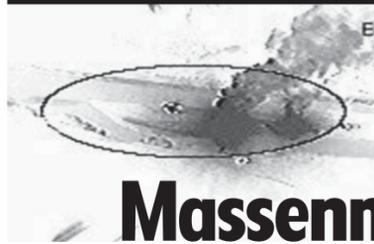
zu stehen und laut und deutlich mitzuteilen: Nein! Wir Bürgerinnen und Bürger Münchens heißen die Händler und Strategen des Todes nicht willkommen in unserer Stadt!“

Ecco Meineke: „Mir fällt beim besten Willen nichts ein, was am Militär Sinn macht. Alles, was Sinn macht, könnte ein Zivilist auch und wäre wohl gern gesehen. Und was der Zivilist nicht darf, darf er zu Recht nicht: Töten. Warum sollte man die Ausnahme von dieser Regel gutheißen? Militär? Weg mit dem Spuk! Was wir brauchen, ist eine Abwrackprämie für Waffensysteme. Das Geld für Eurofighter wäre in Kindergärten und Pflegeheimen besser aufgehoben!“

Konny Hoff: „Sehr geehrter Herr Ude, Sie haben die Laudatio bei Beate Klarsfeld beim Georg Elser Preis wegen ihrer ‚Gewalttätigkeit‘ gegen den Ex-Nazi Kie-singer abgelehnt. Wie können Sie die Vertreter von Gewalt und Krieg einschließlich ihrer Profiteure im Namen der Bürger Münchens empfangen?“

Angelika Lex: „Dieser Empfang ist eine Stellungnahme für die Kriegslogik der sogenannten Sicherheitskonferenz und gegen diejenigen, die für eine andere Welt demonstrieren und Veranstaltungen durchführen. Der städtische Empfang stellt die Stadt München einseitig auf Seiten eines weltumspannenden sog. ‚Kampfes gegen den Terror‘, der die Menschenrechte ausgehebelt hat. Dieser Empfang findet nicht in meinem Namen statt.“

IN DER LOGIK DES KRIEGES: DAS MASSAKER VON KUNDUZ



Die Bundeswehr schreckt auch vor Massenmord nicht zurück

Das Bundeswehr-Massaker in Kunduz war der bisher blutigste Höhepunkt deutscher Kriegsteilnahme in Afghanistan. Bundeswehr-Oberst Klein gab am 4. September 2009 den Befehl zum Bombenabwurf, bei dem mehr als 140 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden.

Wochenlang versuchten Militärminister Jung, sein Nachfolger Guttenberg und die Bundeswehrführung, die Opferzahlen klein zu reden und die gekaperten Tanklastwagen zu einer akuten Bedrohung für das sieben Kilometer entfernte gut geschützte Bundeswehrlager umzulügen.

Tatsächlich sollten – so steht es in dem von Klein selbst verfassten Bericht – möglichst viele sog. Aufständische vernichtet werden. Schon die gezielte Tötung tatsächlicher Aufständischer ist ein Kriegsverbrechen. In diesem Fall jedoch waren auf den Zielaufnahmen der beiden US-Bombenflugzeuge nur kleine, sich bewegende graue Punkte zu sehen. Diese waren weder als Taliban, Widerständler oder Zivilisten, noch als Männer oder Frauen, Kinder oder Erwachsene zu erkennen.

Trotzdem forderte Oberst Klein die Piloten zum Bombenabwurf auf. Die High-Tech-Maschinerie der NATO funktionierte präzise und mörderisch. Die Menschenmenge um die beiden Tanklastwagen wurde liquidiert. Guttenberg erklärt, das Massaker sei „militärisch nicht angemessen“ gewesen, stellt sich aber bedingungslos hinter seinen Truppenkommandeur: Klein habe sein „volles Ver-

ständnis“ und diese Entscheidung getroffen, „um seine Soldaten zu schützen“.

Dieses Verbrechen der NATO und der Bundeswehr ist keine Entgleisung. Es entspricht der Militärlogik aller Kolonialkriege.

Nach dieser Logik gelten alle, die die Besatzer nicht akzeptieren oder gar Widerstand gegen Fremdherrschaft leisten, als legitimes militärisches Ziel. Der Krieg, den die Invasoren führen, wird als Akt der Selbstverteidigung deklariert.

Ausdruck dieser Militärlogik sind die neuen Einsatzregeln für die Bundeswehrruppen in Afghanistan. Sie stehen in der seit Juli geltenden neuen „Taschenkarte“, einer Handlungsanweisung die jeder Soldat mit sich führen muss. Die frühere Anweisung, dass „der sofortige Einsatz von Schusswaffen nur dann gerechtfertigt“ sei, „wenn er das einzige Mittel ist, um unmittelbare Gefahr für Leib oder Leben abzuwehren“, wurde von Militärminister Jung und seinen Generälen ersatzlos gestrichen. Jetzt, „in kriegsähnlichen Zuständen“, wie Guttenberg sagt, ist alles erlaubt. In den neuen Einsatzregeln steht unter „Befugnisse“: „Angriffe können z. B. dadurch verhindert werden, dass gegen Personen vorgegangen wird, die Angriffe planen, vorbereiten, unterstützen oder ein sonstiges feindseliges Verhalten zeigen.“ Das ist der Freibrief für präventive Kriegsführung. Das Massaker von Kunduz ist nur die konsequente Anwendung dieser Einsatzbefugnis.

CO₂ Klimakatastrophe und Ressourcenkriege des 21. Jahrhunderts

Der Klimawandel schreitet dramatisch voran. Obwohl die Wissenschaft eindringlich vor den Gefahren warnt, nimmt der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß von Seiten der Industrienationen weiter zu – allen voran durch USA und EU.

Das globale kapitalistische Wirtschaftssystem basiert auf zwei gleichermaßen zerstörerischen Grundlagen: Dem extensiven Verbrauch von knapper werdenden fossilen Energieträgern und einem darauf beruhenden ständigen Wirtschaftswachstum. Die Klimakonferenz in Kopenhagen hat gezeigt: Innerhalb der kapitalistischen Wachstumslogik ist die Klimakatastrophe nicht aufzuhalten und Klimagerechtigkeit nicht herstellbar. Da 2/3 aller weltweiten Ölquellen im Nahen und Mittleren Osten liegen, hat längst ein Kampf um das versiegende Öl in diesem Raum begonnen. Die Sicherheitsstrategien der westlichen Industrienationen sehen deshalb bereits seit langem ganz unverblümt auch den Einsatz militärischer Gewalt in dieser Region vor, falls ihre „Lebensinteressen“ – sprich Energiehunger – beeinträchtigt werden (z. B. nach wie vor gültig: Bush-Doktrin der USA von 2002, Weißbuch BRD 2006).

Wissenschaftliche Studien (z.B. CNA-Report USA, WBGU Wissenschaftl. Beirat Globale Umweltveränderung BRD)

weisen nach, dass der Klimawandel mit seinen Auswirkungen global zu massiven Konflikten bis hin zu Kriegen führen kann. Stürme, Überflutung, steigender Meeresspiegel, Dürre usw. bewirken nicht nur Nahrungsmangel, Wassermangel und Verlust an Lebensraum, sondern bedeuten immer auch die Bedrohung ganzer Regionen, ihre Lebensgrundlagen zu verlieren.

Der Darfur-Konflikt ist ein Beispiel dafür, wie solche Entwicklungen zu Nahrungskriegen, Kriegen um Wasser und Rohstoffe oder zu Kriegen um Lebensraum für Millionen von Menschen werden können. Das Elend der Bootsflüchtlinge der letzten Jahre und die brutale Zurückweisung durch die paramilitärische europäische Agentur FRONTEX lassen ein zukünftig mögliches Ausmaß der Migrationskonflikte nur erahnen.

Deshalb ist Klimaschutz ein wichtiger Beitrag zur Friedenspolitik. Völlig ungeeignet sind militärische „Maßnahmen“, wie sie entsprechend dem „erweiterten Sicherheitsbegriff“ im Bundeswehrweißbuch für alle Arten von Bedrohungen vorgesehen und von der „Münchner Sicherheitskonferenz“ propagiert werden.

Ausführlicher Text in „Denkanstoß Nr. 57“, www.studiengesellschaft-friedensforschung.de